

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Interview: Christian Selz
25.04.2022

«Für das Volk der Herero ist dieser Krieg noch nicht beendet»

Über die Landfrage in Namibia und mangelnde Partizipation bei der Aufarbeitung der deutschen Kolonialverbrechen. Ein Gespräch mit Jürgen Leskien



Johannes Schmitt-Tegge/dpa

Vertreter der Herero und Nama im Oktober 2017 bei einer Anhörung im Verfahren gegen die Bundesregierung wegen des Völkermords im heutigen Namibia vor dem US-District Court in New York City (USA)

Jürgen Leskien war als Offizier Flugzeugführer, studierte anschließend Theaterwissenschaften und arbeitete als Schriftsteller sowie als Dramaturg beim Fernsehen der DDR. 1978 ging er als Schlosser, sein erster Ausbildungsberuf, im Rahmen der Solidaritätsarbeit der DDR nach Angola, später war er Projektmanager beim Bau eines Kindergartens in einem Flüchtlingslager der namibischen Befreiungsfront SWAPO. Nach

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

der Unabhängigkeit 1990 engagierte Leskien sich weiterhin in Namibia, heute arbeitet er in Umweltprojekten.

Komplett anzeigen

In Ihrem jüngsten Buch »Orlog*«, ursprünglich ein für das Theater geschriebener Text, befassen Sie sich mit der Landfrage in Namibia, einem Land, das Sie lange und eng kennen. Sie haben in den 70er und 80er Jahren im Rahmen der Solidaritätsarbeit der DDR in Lagern der Befreiungsbewegung SWAPO gearbeitet. Hätten Sie damals gedacht, dass Sie nach über drei Jahrzehnten Unabhängigkeit noch ein Werk über die ungelöste Landfrage schreiben – und dieses dann auch noch »Orlog*« (Krieg) nennen würden?

Damals haben wir, die Frauen und Männer, mit denen ich zusammengearbeitet habe, die Verabredung getroffen, dass wir einander im Auge behalten und dass wir nicht nachlassen wollen, an einer besseren Welt zu arbeiten. Das war das Versprechen, mit dem wir 1983 auseinandergingen. Da habe ich mir natürlich damals nicht vorstellen können, dass das so schwierig wird, dass die Mühen der Ebenen so steinig sind – und dass das einzulösende Versprechen der Befreiungsbewegung, Gerechtigkeit in den Besitzverhältnissen herzustellen, über die Verteilung von Land, dass das so kompliziert ist. Ich nehme an, dass die Leute, die in den 60er und 70er Jahren das Programm der Befreiungsbewegung formuliert haben, sich dieser komplizierten Materie selbst nicht bewusst waren.

Was waren denn damals innerhalb der Befreiungsbewegung die Vorstellungen von einer Neugestaltung der Landwirtschaft?

Im Camp in Cuanza Sul war viel Gelegenheit, miteinander zu reden. In unserer Workers Brigade, die einen Kindergarten baute – das waren vor allem 20 bis 25 Frauen –, da ging es natürlich jeden Tag darum: Wie wird das Leben aussehen, wenn wir hier mal rauskommen, aus unseren Erdlöchern, aus unseren Zelten. Der erste Wunsch war ein wasserdichtes Zuhause und der zweite Wunsch, jeden Tag Wasser zu haben, um trinken zu können, Essen zu kochen und sich pflegen zu können. Der dritte Wunsch war, mit der eigenen Hände Arbeit Geld zu verdienen. Dazu gehörte auch die Hoffnung, auf einer Farm arbeiten zu können. Der Wunsch nach Besitz ist mir nicht so in Erinnerung. Die Frauen hatten die Vorstellung, dass sie für eine gute Arbeit gut entlohnt werden und dass allgemeine Gerechtigkeit herrscht – Gerechtigkeit im täglichen Umgang, dass niemand willkürlich bestraft werden kann und die allgemeine Würde geschützt wird. Bei den

Funktionären der SWAPO schien mir, dass man darüber nachdachte, die großen Farmen der Weißen, der Buren und auch der Deutschen, aufzuteilen und über eine Landreform – das war damals schon das Thema – für die zur Zeit der Apartheid Benachteiligten die Möglichkeit zu schaffen, Land zu erwerben. Das sollte unterstützt werden – und wird es jetzt ja auch – von einer Landbank. Diese Umrisse waren damals zu erkennen.

Als Namibia 1990 seine Unabhängigkeit feierte, befanden sich nahezu alle kommerziellen Farmen in Händen der weißen Minderheit. Seitdem ging lediglich etwa ein Viertel der Ländereien an schwarze Menschen über. Neben Südafrika, das eine längere, aber doch ähnliche Kolonialgeschichte und eine vergleichbare Problematik bei der Landverteilung hat, ist Namibia zudem eines der Länder mit der höchsten Ungleichverteilung von Einkommen. Extreme Armut und luxuriöser Reichtum existieren direkt nebeneinander. Ist der Druck, ist die Wut der Landlosen ohne tiefgreifende Veränderungen der Gesellschaft denn für die politische Führung überhaupt noch regulierbar?

Beim Vergleich der Landwirtschaft in Südafrika und in Namibia fällt natürlich sofort auf, dass Südafrika von der Natur aus etwas besser dran ist.

Es regnet öfter.

Es regnet, sie haben auch die besseren Böden und waren in der industriellen Landwirtschaft vor 1994 ziemlich weit entwickelt. In Namibia sind mindestens zwei Dinge nötig: Man braucht für die Form der Landwirtschaft, die man im Auge hat, das entsprechende Land. Das heißt, wenn man im Süden Landwirtschaft betreiben will, braucht man große Flächen, etwa zur Schafzucht. Im Norden, im Ovamboland, sind die Böden besser, da kann man Gemüse anbauen, braucht aber auch Wasser. Das zweite ist, dass man in der Lage sein muss, dieses Land auch entsprechend zu bewirtschaften. Dazu sind bestimmte Bildungsvoraussetzungen nötig. Parallel mit der Landreform ist auch angestrengt worden, Landwirte und Spezialisten für die Landwirtschaft auszubilden. Ich kann also als Beobachter nicht feststellen, dass Wut herrscht. Richtig ist: Das Thema ist stark emotionalisiert, fast immer, wenn darüber gesprochen wird. Wenn man sich trifft und Bilanz zieht nach 30 Jahren Unabhängigkeit, da fragt man sich: Wo wollten wir eigentlich hin, und wo sind wir angekommen? Da spielt natürlich die Landverteilung eine große Rolle.

Warum spielt Agrarland in Namibia so eine zentrale Rolle?

Das eine ist sofort zu erkennen: Der Boden ist Produktionsmittel, man kann mit dem Boden etwas anstellen, man kann Rinder halten, Schafe, Ziegen, oder Gemüse und Getreide anbauen. Das andere ist: Insbesondere bei den Herero hat das Land auch eine hohe symbolische Bedeutung, und das fällt zusammen mit der Bedeutung der Viehzucht. Rinder sind Zeichen ihrer Würde und ihres Reichtums. Zudem ist das Land auch das Feld der Ahnen, dort liegen die Verwandten begraben, und im traditionellen Denken spielt das eine große Rolle. Wenn man über Land spricht, vor allem mit den Herero, dann muss man diese Aspekte im Auge haben, diesen Zusammenhang, diese feste Bindung ernst nehmen.

Die Landverteilung ist auch Folge des Völkermords, den deutsche Truppen zwischen 1904 und 1908 an Herero und Nama verübt haben. In »Orlog*« stellen Sie den heutigen Konflikt daher anhand eines fiktiven Gerichtsprozesses dar, frei nach einem realen Verfahren, mit dem die traditionellen Autoritäten der Herero und Nama ab 2017 vor einem US-Gericht Entschädigungszahlungen von Deutschland verlangt haben. »Wenn die deutsche Regierung nicht auf Augenhöhe verhandeln will, holen wir uns das Land eben ohne Verhandlungen«, wird ein Herero-Chief im Buch zitiert. In der Realität ist die Entschädigungsklage 2019 abgewiesen worden. Auch von dem auf Regierungsebene – ohne ihre Beteiligung – ausgehandelten Aussöhnungsabkommen wollen die traditionellen Autoritäten nichts wissen. Welche Lösungswege bleiben dann noch?

Die deutsche Regierung hat sechs Jahre gebraucht, um an diesen Punkt zu kommen, an dem wir 2021 waren, als dieses Abkommen paraphiert und von den beiden Unterhändlern unterschrieben wurde. Das namibische Parlament hat die Diskussion darüber zunächst ausgesetzt. In der namibischen Zivilgesellschaft gibt es unterschiedliche Meinungen dazu. Ein Teil der Königshäuser der Herero lehnt dieses Abkommen grundsätzlich ab und stellt durch Versammlungen, auch gerade dieser Tage, sehr stark die Reparationsfrage in den Mittelpunkt. Dieses ausgehandelte Papier können sie nicht akzeptieren und denken auch darüber nach, ob man mit anderen Mitteln das Problem löst. Die andere Seite ist eine Gruppe von Headmen (Gemeindevorstehern, *jW*) innerhalb der Königshäuser der Herero, die betonen, dass für sie die namibische Verfassung die Grundlage für die Regelung des Landproblems ist.

Daraus ergibt sich ein scheinbar fast unlösbarer Konflikt: Die namibische Verfassung garantiert Privateigentum als unantastbar, gleichzeitig legt sie fest, dass die Eigentumsfragen im Sinne der Ziele des Befreiungskampfes gerecht zu regeln sind. Die letztere Gruppe möchte nun, dass dieses Abkommen mit Deutschland nachverhandelt wird. Sie wollen, dass es keine gewaltsame Landnahme gibt, sondern eine Regelung vor dem Hintergrund der ursprünglich angedachten Landreform. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich 2019 eine Gruppe deutschsprachiger Namibier gebildet hat, ein Gesprächskreis, der unterhalb der offiziellen politischen Ebene mit diesen Königshäusern im Kontakt steht. Das sind deutschsprachige Namibier, vor allem sind auch jüngere dabei, und gerade Ende März haben sie mit Chiefs und Mitgliedern verschiedener Königshäuser zusammengesessen und entschieden, dass sie alles tun wollen, damit dieser Dialog wieder in Gang gesetzt wird.

Welche Lösung, die alle Seiten zufrieden stellt, kann denn der Dialog bringen?



Gudrun Ott

Jürgen Leskien

Das ist schwierig. Bisher war die Lösung ein Fonds, der auch durch die Bundesrepublik gefüttert wird. Und dann wollte man über das Prinzip »Willige Verkäufer, willige Käufer« zuvor Benachteiligten das Land anbieten. Jeder, der über 18 Jahre alt ist und zu dieser Gruppe gehört, hat das Recht, einen solchen Antrag zu stellen. Damit ist man aber nicht weitergekommen. Wie das jetzt zu regeln ist, auch darüber denken die Chiefs und diese Gruppe der deutschsprachigen Namibier, beide als Teil der Zivilgesellschaft, im Moment nach. Sie betonen, dass es im Rahmen der Verfassung geschehen muss. Es wird festgestellt, dass beide, die weißen Farmer und die schwarze Bevölkerung, die Erben der namibischen Geschichte sind. Und mit einem gewissen Sarkasmus bemerkten die Herero-

Chiefs: Wir haben die Armut geerbt und ihr den Reichtum. Das aufzulösen ist ein schwieriger Vorgang, und das geht nur, wenn man auf die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung eingeht und dort geduldig das Gespräch sucht.

Nun hat ja der Präsident Hage Geingob 2017 schon eingestanden, dass dieser Prozess zu langsam vorangegangen ist – und er hat auch gesagt, dass man sich überlegen muss, andere Ansätze zu finden.

Bei der Klärung dieses Landproblems und auch dieses Vertrages mit der Bundesrepublik Deutschland wird betont, dass man den Dreiklang im Auge haben sollte, der da heißt: das Bekenntnis, dass es Völkermord war, 1904 und danach. Dass man eingesteht, dass Reparationen zu zahlen sind. Und dass Deutschland die rechtliche Verantwortung übernimmt für das, was da geschehen ist. Und in diesem Paket steckt auch ein Teil der Möglichkeiten, die Landfrage besser zu lösen als bisher.

Die Bundesregierung hat sich lange beharrlich geweigert, den Völkermord überhaupt als solchen anzuerkennen. Inzwischen wird zwar zumindest das Wort verwendet, aber stets immer noch mit der Floskel: »Was wir heute Völkermord nennen würden«, mit Verweis darauf, dass die UN-Völkermordkonvention nicht rückwirkend gilt. So soll verhindert werden, dass Reparationsansprüche gegen Deutschland eingeklagt werden können. Das führt dann aber dazu, dass letztlich eine deutsche Regierung entscheidet, was sie an Reparationszahlungen für gerechtfertigt hält. Ist das moralisch vertretbar?

Wenn man den Text liest, sind die Bemühungen zu erkennen, durch semantische Bögen und Arabesken den Begriff der Reparationen auszuklammern. Und man verweist darauf, dass über die Entwicklungshilfe schon viel Geld fließt. Und diese 1,1 Milliarden über 30 Jahre (wurden als Teil des Aussöhnungsabkommens zusätzlich versprochen, *jW*) werden wohl indirekt als Reparationen deklariert. Das Wort selbst wird vermieden, weil man meint, dass dann Reparationsforderungen aus anderen ehemaligen Kolonien – aus Tansania, Kamerun und Togo zum Beispiel – nachkommen. Deshalb redet man von einer Geste der Anerkennung oder vom Heilen der Wunden, eine blumige Sprache, die natürlich von den Betroffenen in Namibia als ein Ausweichen vor der Verantwortung wahrgenommen wird. Und sie stellen richtig fest, dass die Entwicklungshilfe ein besonderer, ein anderer Vorgang ist, da ist der eine reich, und der gibt dem anderen etwas,

es hat also einen paternalistischen Touch. Beim Zahlen von Reparationen ist ganz klar, dass der Norden dem Süden etwas schuldet, und deshalb werden sie erwartet und sollten gezahlt werden. So verstehe ich den Ansatz der Diskussion in Namibia.

Und die Höhe würde neutral festgestellt.

Jetzt reden wir ja von diesen 1,1 Milliarden, gestreckt über 30 Jahre und an Projekte gebunden. In den betroffenen Gebieten, in denen Herero und Nama zu Hause sind, soll damit die Infrastruktur ausgebaut werden, um die Lebensbedingungen der Menschen dort merklich zu verbessern. Dass es keine Auszahlung an einzelne Personen geben wird, das ist von vornherein klar.

Die traditionellen Autoritäten – die in Namibia ja nicht nur Zivilgesellschaft sind, sondern Verfassungsrang haben – lehnen das Aussöhnungsabkommen in erster Linie ab, weil sie an den Verhandlungen nicht direkt beteiligt waren. Darauf hatten sie auch geklagt. Die namibische Regierung hätte sie an den Verhandlungen beteiligen können, hat sich aber dagegen entschieden, der offiziellen Lesart nach, um das Wiedererstarken ethnischer Konflikte zu verhindern. Böse Zungen würden jetzt vermutlich behaupten, die SWAPO, die als Partei ja ihren stärksten Rückhalt unter den Ovambo hat, die nicht vom Völkermord betroffen waren, wolle auch den Zugriff auf die eventuell zu zahlenden Gelder nicht aus der Hand geben. Was könnte denn die Bundesregierung tun, um zu einer für alle Seiten akzeptablen Lösung zu kommen?

Als erstes müssen wir feststellen, dass die namibische Politikergruppe, die die Verhandlungen mit Deutschland geführt hat, durch die Regierung eingesetzt wurde – ein Herero-Vertreter gehörte dazu, verhandelte dort mit. Da wäre es zuerst an den Herero und Nama, ihre Regierung aufzufordern, bei den weiteren Verhandlungen die Zusammensetzung dieser Gruppe zu ändern, damit Volkes Wille mehr präsent ist. Das ist eine Sache, die muss Namibia für sich selbst entscheiden, da kann die deutsche Regierung nur zusehen. Dass Namibia durch die Erfahrungen der Vergangenheit sehr darauf achtet, den Gedanken der »einen Nation« hochzuhalten, ist verständlich. Es gab ja am damaligen Caprivi-Zipfel, der heutigen Sambesiregion, Separationsbestrebungen. Es gab im Süden um Rehoboth Bestrebungen auf Selbständigkeit. Da ist die Regierung sehr wach und

wünscht, dass die Nation zusammenbleibt. Und dieses Thema, um das es hier geht, hat auch das Potential eines Spaltpilzes, wenn man es nicht richtig handhabt.

Der Zugriff auf das Geld ist natürlich eine starke Motivation.

Das ist dann ein innenpolitisches Problem. Es werden durch die namibische Regierung sicher Mechanismen und Garantien eingerichtet, damit das Geld an die wirklich betroffenen, bedürftigen Gemeinschaften geht. Dazu sollte eine echte Partizipation durchgesetzt werden, vor allem lokale Beteiligung ist äußerst wichtig, das heißt, die Zivilgesellschaft in Namibia könnte vorschlagen und auch kontrollieren, wie man mit welchen Mitteln an welchem Orte umgeht. Man kann die Ortschaften nicht im Detail befragen, es geht ja auch um strategische Entscheidungen. Aber die Beteiligung der Bevölkerung im direkten Sinne, da scheinen mir die Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft.

In Ihrem Buch bleibt der Krieg am Ende aus, ein moderater schwarzer Farmer, verheiratet mit einer Deutschstämmigen, wird neuer Verhandlungsführer der Herero und bringt das Aussöhnungsabkommen mit Deutschland zu einem erfolgreichen Abschluss. Ist da Ihrerseits mehr reale Hoffnung oder mehr Wunschtraum in diesem Szenario?

Um den inneren Frieden in Namibia herzustellen, gibt es im Grunde keine andere Möglichkeit, als dafür eine Lösung zu finden. Die Diskussion hier bei uns in Deutschland ist ja noch nicht einmal richtig in Gang gekommen. Wir haben als Gesellschaft offensichtlich noch nicht verstanden, dass die namibische Geschichte sehr eng mit unserer Geschichte verbunden ist und dass endlich der offene Dialog zu führen ist. Auch der demokratische Prozess im Umgang mit diesem Problem, in Deutschland wie auch in Namibia, der steht noch aus. Wir reden jetzt – oder die Öffentlichkeit wird informiert – über die Rückgabe von Kunst, die zu Kolonialzeiten nach Deutschland gebracht wurde, gestohlen wurde, gekauft wurde. Wir müssen da etwas tiefer bohren, wir müssen zu unserer kolonialen Geschichte eine klare Position beziehen.

Und auch in Namibia ist viel zu tun, da sind sie bei der Aufarbeitung der eigenen Geschichte, aus ihrer Sicht, mit ihren Erfahrungen, meiner Meinung nach am Anfang. Es ist ja nicht nur die Forderung, die sich dann als Ergebnis materialisieren sollte, sondern es

geht beim Gedanken der Versöhnung wirklich um das Verständnis der jeweiligen Situation. Vor allen Dingen müssen wir verstehen, warum Herero und Nama so stark darauf Wert legen, dass mit ihnen auf Augenhöhe gesprochen wird, dass sie beteiligt sind an diesen Vorgängen. Für das Volk der Herero ist dieser Krieg, den sie damals geführt haben, der ihnen aufgezwungen worden ist, 1904 und danach, im Grunde noch nicht beendet. Aus ihrer Sicht – und tatsächlich – sind die tiefen Ungerechtigkeiten, die damals ihren Anfang fanden, heute noch deutlich zu erkennen und bestimmen die soziale Situation vieler. Zu dem Stück: Natürlich ist es die Hoffnung, dass es so ausgeht, wie aufgeschrieben. Und ich meine, der Autor maßt sich da an, einen Vorschlag zu machen, dass geheiligte Erde aus dem Omaheke-Sandfeld und auch aus Tansania, Togo und Kamerun nach Berlin gebracht wird, um in der Zentralen Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft Unter den Linden eingebettet zu werden. Als Ort der Erinnerung sollte dieser Ort auch ein Ort der Erinnerung sein an die Menschen, die durch deutsche Kolonialpolitik zu Tode kamen.

Junge Welt 24.04.2022